

#### **4. Sitzung des XXX. Vorarlberger Landtags am 17. und 18. Dezember 2014**

##### **TOP 5. „Aktuelle Stunde“**

##### **Die Grünen: „Herbergsuche heute – unsere Verpflichtungen einhalten“**

---

**LTP Mag. Sonderegger:** Guten Morgen meine Damen und Herren Abgeordnete, einen schönen guten Morgen Ihnen, den Mitgliedern der Landesregierung, der Frau Landtagsdirektorin, der Stellvertretenden Direktorin des Landes-Rechnungshofes, den Vertretern, den anwesenden, der Medien, den Besucherinnen und Besuchern auf der Galerie und auch den Personen, die wiederum die Sitzung live via Internet verfolgen und auch unserer Gebärdensprachdolmetscherin bzw. dem Gebärdensprachdolmetscherteam, das die Aktuelle Stunde übersetzen wird, ein herzliches Grüß Gott und einen guten Morgen. Und besonders begrüßen darf ich auf der Besuchergalerie die Studenten, 15 an der Zahl, der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg, berufsbegleitend Studierende, in der Begleitung von Herrn Professor Windegger, und ebenfalls ein ganz herzliches Grüß Gott und guten Morgen den Maturantenschülern der HTL Rankweil, Elektronik, 35 an der Anzahl, und sie sind begleitet vom Herrn Professor Lukasser.

Nachdem wir gestern Abend zu späterer Stunde die Sitzung unterbrochen haben, darf ich sie nun wieder eröffnen zum zweiten Sitzungstag und wir beginnen mit Tagesordnungspunkt

##### **5. „Aktuelle Stunde“**

##### **Die Grünen: „Herbergsuche heute – unsere Verpflichtungen einhalten“**

Das Thema wurde entsprechend dem vereinbarten Reihungsvorschlag von den Grünen vorgegeben. Zur Redezeit noch ein Hinweis: Es gilt hier die vereinbarte Blockredezeit von 15 Minuten für die Grünen, jeweils neun Minuten für die VP, die FPÖ, die SPÖ und die NEOS sowie das zuständige Regierungsmitglied. Andere Regierungsmitglieder können sich zu Lasten der Redezeit ihrer Fraktion zu Wort melden. Ich bitte um Wortmeldungen. – Bitte, Herr Klubobmann Gross.

**KO DI Dr. Gross:** Herr Präsident, Hoher Landtag, liebe Gäste! Wir haben uns ein aus unserer Sicht sehr wichtiges Thema ausgesucht, ein Thema, das uns Grünen seit vielen, vielen Jahren besonders am Herzen liegt und das auch Bezug nimmt auf eine wirklich aktuelle Situation, die zumindest einmal medial wahrnehmbar uns gerade jetzt in der Zeit vor Weihnachten intensiv beschäftigt. Was als Quartiersuche zunächst fast ein bisschen technisch daherkommt – einmal für uns -, ist für die direkt Betroffenen meistens mit Tragödien verbunden, oft mit Verlust des gesamten Eigentums binnen Stunden oder Tagen, mit Angst, mit Unsicherheit, mit Trennung und sehr oft auch mit Traumatisierung. Ein kleines Beispiel: Einer der vielen Flüchtlinge, einer davon ist der Herr Abdul Basir Abid aus Afghanistan. Er war ein junger Nachrichtensprecher und hat sich in Afghanistan eingesetzt für politische Aufklärung und hat in dem Zusammenhang natürlich auch die Taliban kritisiert, woraufhin er Drohbriefe bekommen hat, auf die er nicht reagiert hat. Und eines Tages sind die dann in seine Wohnung eingedrungen – er war nicht da, deswegen lebt er wohl auch noch; allerdings war sein Mitbewohner da, der wurde dann zusammengeschlagen und es wurde klar gemacht, dass die Taliban den Abid erledigen wollen. Aus Angst um seine Familie - sein Cousin ist kurz zuvor ermordet worden - ist er dann geflüchtet. Zu diesem Zeitpunkt war er 20 Jahre alt. Ganze vier Jahre hat dann seine Flucht gedauert, von Afghanistan nach Pakistan,

dann in den Iran, in die Türkei, nach Griechenland, nach Italien, nach Österreich – vier Jahre – und heute ist er in Deutschland. Wenn man ihn interviewt, tut er sich sehr schwer, darüber zu sprechen. Die Erinnerungen quälen ihn, wie das oft bei schwer traumatisierten Menschen der Fall ist. Viele Flüchtlinge, die mit ihm mitgeflohen sind, sind neben ihm gestorben, sind verhungert, Kinder sind im Winter im tiefen Schnee stecken geblieben, kamen nicht mehr weiter. Heute versucht er ein normales Leben zu führen, Anschluss zu finden. Dank einer engagierten Bürgerin ist es dann gelungen, für ihn ein Quartier zu finden, und ebenfalls mit ihrer Hilfe ist es dann auch gelungen, für ihn eine Arbeit zu finden.

Vorarlberg liegt mitten in einem großen Friedensprojekt, der Europäischen Union. Wir haben ein großes Privileg, in einer Region zu leben, die sicher ist, die innovativ unterwegs ist, die wirtschaftlich stark ist, wo es einen hohen Wohlstand gibt. Das bringt aber auch eine Verantwortung mit sich natürlich dieser Wohlstand, weil dieser Wohlstand basiert natürlich auch auf unseren internationalen Beziehungen und hat natürlich auch zu tun mit vielen auch Vorgängen, die weltweit abgehen. Und ich glaube, eine Glaubwürdigkeit einer Gesellschaft – oder, sagen wir einmal so -, der Zustand einer Gesellschaft misst sich auch sehr stark daran, wie man mit Minderheiten umgeht, wie man mit Menschen umgeht, die Schutz brauchen, wie man mit Schwachen umgeht. Für viele, viele Menschen, für Millionen Menschen sieht die Realität auf dieser Erde ziemlich anders aus wie bei uns. Sie sind in ausweglosen Situationen, inmitten kriegerischer Auseinandersetzungen, sind an Leib und Leben bedroht. Und für Viele ist der einzige Ausweg, den es überhaupt noch gibt, eben die Flucht aus ihrer Heimat. Und niemand flieht freiwillig aus seiner Heimat und aus seinen sozialen Beziehungen heraus.

Was derzeit in Syrien geschieht, das ist die Spitze des Eisberges, ist die größte humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg - das sage nicht ich, das ist Zitat des UNHCR. Sechs Millionen Menschen sind auf der Flucht alleine in Syrien. Aber auch in vielen anderen Ländern – Afghanistan habe ich erwähnt, Irak, Sudan usw. – sind Menschen unterwegs, suchen Schutz. Viele Minderjährige sind gezwungen, zu fliehen, obwohl sie sich nichts zu Schulden kommen ließen, einfach aufgrund ihrer politischen Einstellung, ihrer Meinung, die sie öffentlich äußern, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zur Gruppe, was auch immer. 20 Kriege wüten derzeit weltweit, 50 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Und das ist die höchste Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Und das besonders Traurige daran: 50 Prozent dieser flüchtenden Menschen sind Kinder. Besonders hart betroffen vom Syrien-Konflikt - als Land, meine ich jetzt, wo die Flüchtlinge hinwandern - ist der Libanon. Der Libanon hat etwa vier Millionen Einwohner und hat nach inoffiziellen Schätzungen zurzeit zwei Millionen Flüchtlinge und droht daran zu zerbrechen. Das ist natürlich eine nicht bewältigbare Aufgabe, noch dazu für ein relativ armes Land - im Verhältnis zu uns jedenfalls. Das wäre so, als wenn wir in Vorarlberg binnen kürzester Zeit 180.000 Flüchtlinge aufnehmen müssten. Die Menschen, die flüchten, sind verzweifelt und setzen daher alles aufs Spiel, oft ihr eigenes Leben. Alleine im Jahr 2014, bis zum September, sind Menschen beim Versuch, nach Europa zu gelangen, bei ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrunken. Und meines Erachtens ist genau diese Situation im Mittelmeer eine der größten Skandale überhaupt vor Europas Türen oder eigentlich auch in Europa, an Europas Grenzen. Europa macht die Grenzen dort dicht. Und jedenfalls haben wir da mindestens eine Mitverantwortung, was dort abgeht.

Asyl - das ist noch ein ganz ein wichtiger Punkt - ist kein Gnadenakt. Asyl ist schlicht und einfach ein Recht. Es gibt ein Recht auf Schutz, das ist festgehalten in der Genfer Flüchtlingskonvention, die auch Österreich ratifiziert hat. Da steht: „Allen Flüchtlingen ist ohne Unterschied und ohne Diskriminierung Schutz zu gewähren.“ Es liegt also auch in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen. Das Asylrecht selber - das wäre jetzt eine eigene Debatte, auf die will ich nicht eingehen - hat viele Restriktionen. Über die Dublin-Regelung gibt es eine sehr ungleiche Verteilung. Formal ist es so, dass man nicht einmal legal nach Österreich kommen kann. Die schlagen sich irgendwie durch mit Schleppern, unter wildesten Bedingungen, über Monate und Jahre. Rund 30.000 Menschen in Österreich haben um Asyl angesucht, suchen derzeit ein Quartier. Und jetzt geht es halt darum, auch unseren Beitrag zu leisten und diesen Menschen Schutz zu gewähren.

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Klubobmann Gross. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kucera.

**Mag. Kucera:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ganz kurz zur Katastrophe, die jeden Tag im Mittelmeer passiert, weil das der Herr Klubobmann Gross angesprochen hat. Ich bin eigentlich davon überzeugt, dass das ein Thema sein wird, das wir vor unseren Enkeln rechtfertigen werden müssen. Das ist eine der wichtigsten Fragen und das werde ich persönlich meinen eigenen Enkeln irgendwann erklären müssen, wie das möglich war, dass Europa als eine der reichsten Regionen auf der Welt so viele Leute im Meer sterben lässt. Es ist dies wirklich eine Situation, die mich daran erinnert, wie wir unsere Großeltern gefragt haben, wie die humanitären Katastrophen im Zweiten Weltkrieg, wie Holocaust und so etwas möglich war. Ich bin überzeugt davon, dass wir hier alle Erklärungsbedarf haben werden und dass diese Erklärungen, „warum es dazu kommen kann, dass so viele Leute im Meer ersaufen und wir im reichsten, in einem der reichsten Gebiete auf der Welt leben“, dass das eine der wichtigsten Fragen sein wird und wir uns dort sehr schwer tun werden mit Erklärungen.

Zur Aktuellen Stunde: Der Klubobmann Gross hat es aufgezeigt. Für mich bestehen hinsichtlich der Gewährung von Asyl und Grundversorgung drei wesentliche Verpflichtungen: einerseits eine moralische, humanitäre Verpflichtung. Wenn man sich die Bilder anschaut und die Katastrophen sich vergegenwärtigt, was in Pakistan vor zwei Tagen passiert ist, wo mehr als hundert Kinder erschossen werden in einer Schule; wenn man sich überlegt, dass der Islamische Staat, die Islamische Organisation ihr Terror-Unwesen treibt und Handbücher herausgibt, wie man mit Sex-Sklavinnen umzugehen hat; wenn man sich die Katastrophen im Bürgerkrieg ansieht, die derzeit in Syrien sind, dann ist für mich klar, dass es keine Diskussion geben kann, hier moralisch und humanitär zu helfen als Österreich und als Vorarlberg.

Auch die rechtliche Verpflichtung wurde bereits aufgezeigt. Nicht nur die Genfer Flüchtlingsrechtskonvention, sondern auch die Menschenrechtskonvention verpflichtet die Republik, verpflichtet Österreich zur Hilfe und zum Asyl. Es geht hier nicht um einen Gnadenakt, es geht hier um die Erfüllung eines Rechtsanspruches, der seit 1951 besteht. Es ist auch nicht eine neue Sache, die hier gemacht wird. Vorarlberg wird verpflichtet, Asyl und Grundsicherung zu gewähren aufgrund der § 15a-Vereinbarung, die auch im Jahr 2004 bereits in Kraft getreten ist. Auch das ist keine neue Rechtsvorschrift. Und es besteht aber auch aus meiner Sicht eine wirtschaftliche Verpflichtung eines Landes wie Vorarlberg, das so

eine Top-Region ist auf der Welt, hier zu helfen. Außer Streit steht für uns alle, über die Parteigrenzen hinweg – das getraue ich mich zu sagen aufgrund der gestrigen Redebeiträge – , dass hier geholfen werden muss und dass Asyl zu gewähren ist, ohne Rücksicht darauf, in welcher Anzahl Asylanträge gestellt werden, sondern einfach aufgrund der drei Verpflichtungen, die ich gesagt habe. Asyl und Grundsicherung sind Grundrechte, die zu gewähren sind aufgrund der Situation. Die Bemühungen im Land, hier die entsprechenden Quartiersplätze zu setzen, sind groß. Ich bedanke mich gleich dafür. Was hier gemacht wird in den letzten Wochen und Monaten ist Großartiges; aber es ist die Erfüllung einer Quote und daher auch eine rechtliche Verpflichtung. Wir hören aus den Medien, dass 49 Plätze noch diese Woche geschaffen worden sind; wir hören, dass demnächst 65 weitere Plätze geschaffen werden. Der Landesrat Schwärzler wird heute die aktuellen Zahlen nennen – ich möchte mich dafür bereits vorweg bedanken. Die Bemühungen im Land sind groß, die Bemühungen der Bürgermeister sind groß. Auch hier werden sehr viele Initiativen gesetzt, hier werden Quartiere geschaffen, hier wird geholfen.

Ich habe zum Schluss meines Redebeitrages noch drei Aufrufe zu machen. Ein Aufruf geht an die Leute, die eine Wohnung vermieten können: Es besteht für mich hier eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Wenn jemand in Vorarlberg einen Wohnraum frei hat, den er bislang nicht vermietet hat, aus welchen Gründen auch immer, dann besteht hier die Möglichkeit, zweifach zu helfen: einerseits den Kriegsflüchtlingen zu helfen, andererseits sich selbst zu helfen, indem man die Wohnung vermietet an die Caritas. Er erfüllt hier eine humanitäre Pflicht und er erfüllt sich selber auch einen Gefallen, indem er die Wohnung vermieten kann. Die Caritas hat mir mitgeteilt, dass sie derzeit alles was angeboten wird überprüft und möglichst alles anmietet für die Bereitstellung von Plätzen. Und hier ist der private Vermieter extrem gefragt. Also wenn Sie eine Wohnung haben in Vorarlberg, die frei ist, die Sie vermieten wollen oder die Sie bis jetzt nicht vermietet haben wegen irgendwelchen Beschränkungen im Mietrechtsgesetz oder weil Sie denken, dass die Wohnung ungeeignet ist, um am privaten Wohnungsmarkt Platz zu finden, dann reden Sie mit der Caritas, reden Sie mit dem Land Vorarlberg, vielleicht gibt es eine Möglichkeit, diese Wohnung Kriegsflüchtlingen zur Verfügung zu stellen, sodass hier geholfen werden kann.

Mein zweiter Aufruf geht an die Bürgermeister, die schon sehr, sehr aktiv geworden sind in diesem Bereich. Die Bevölkerung – davon bin ich überzeugt – steht ganz dahinter, wenn Bürgermeister versuchen, diesem Wunsch der Bevölkerung, zu helfen, nachkommen und hier versuchen, Quartiere zu schaffen. Die Bürgermeister machen das und ich bin den Bürgermeistern hier auch sehr dankbar.

Und mein letzter Aufruf geht an die Koordinationsstelle im Land für Flüchtlingshilfe, für Kriegsflüchtlinge und an die Caritas, hier auch über die weiteren Tage, auch über die Feiertage weiterzuarbeiten, die Koordinationsarbeit wahrzunehmen und hier den Menschen Betreuungsplätze zu geben. Wir müssen hier alle an einem Strang ziehen. Wenn der private Vermieter, die Bürgermeister als öffentliche Hand und die Koordinationsstelle und die Caritas zusammenarbeiten, dann wird uns die Erfüllung der Quote gelingen und es wird uns vielleicht sogar gelingen, weitere Plätze über die Quote hinaus zu schaffen. Danke!

**LTP Mag. Sonderegger:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Kucera. Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Frau Scheffknecht.

**Mag. (FH) Scheffknecht:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Hohes Haus, sehr geehrte Gäste hier im Saal und vor den Bildschirmen! Flüchtling sein, was heißt das? Wir haben schon einiges gehört. Es heißt, in einem Land zu leben, zuerst einmal in einem Land, in dem Krieg herrscht, in einem Land, wo Gewalt vorherrscht, wo es Morde gibt, Vergewaltigungen, wo in ständiger Angst gelebt wird, so lange, bis es nicht mehr geht, so lange, bis sich die Menschen entscheiden, ihr Land, ihre Heimat und oft auch ihre Familien zu verlassen. Eine Situation, die wir uns kaum vorstellen können. Dann geht es weiter mit der Flucht. Wir haben gehört, vier Jahre – das ist keine Ausnahme! Viele Jahre sind die Menschen unterwegs, vertrauen sich anderen an, investieren auch ganz viel Geld, an Schlepper mitunter, sind unsicher, wo sie landen und wie sie dort landen und vor allem, wie sie dort aufgenommen werden. Und ich glaube, da fängt unsere Verpflichtung wirklich an. Wir leben in einem Wohlstandsland. Es ist unsere Verpflichtung, uns nicht nur rechtlich – das haben wir gehört -, sondern auch menschlich und solidarisch gegenüber diesen Menschen zu zeigen und diese wirklich aufzunehmen und auch willkommen zu heißen und uns ihrer anzunehmen.

Wenn wir uns die Situation anschauen in Europa: In Europa – auch das haben wir auch schon gehört - erfüllt das Dublin-Abkommen nicht das, was es soll. Es werden Menschen hin- und hergeschoben. Das bringt eigentlich nichts, weil wir Flüchtlinge in ein anderes Land senden und gleichzeitig Menschen retour bekommen. Ich glaube, dass es auch auf europäischer Ebene eine Quote braucht. Österreich ist eines der Länder, das wirklich viele Asylwerber und Flüchtlinge aufnimmt. Eigentlich erstaunlich, weil wir nicht an der europäischen Außengrenze liegen. Aber auch hier, denke ich, dass es wichtig ist, dass wir die Menschen auch wirklich aufnehmen und sie nicht weiterschicken, sondern hier bei uns im Land willkommen heißen und ihnen auch Asyl gewähren.

Im Land geht es dann weiter: Auch da versucht man – und ich verstehe das durchaus – Lösungen zu finden und ein gewisses Hin- und Herschieben findet statt. Auch das finde ich nicht gut. Dann richten sich Landeshauptleute aus, „dass eine Quote gut zu beschließen ist an einem Schreibtisch in Wien“ – das war unser Herr Landeshauptmann -; umgekehrt heißt es dann, „die Wiener sind nicht die Deppen der Nation“. Also auch hier ein Hin- und Herschieben. Und gleichzeitig – und das möchte ich wirklich anmerken – gibt es ganz viele Menschen auch hier im Land, die sich wirklich bemühen – und da gehört sicher auch unser Herr Landeshauptmann, aber auch der Herr Landesrat Schwärzler dazu -, die sich bemühen, wirklich Lösungen zu finden. Und dafür bin ich sehr dankbar. Die Frage ist für uns aber: Ist man auch bereit, die nötigen Kompromisse einzugehen?

Frau Pointner und ich haben eine Anfrage gestellt vor rund zwei Monaten: Ob es nicht geprüft werden kann, ob das Sanatorium Gaisbühel für Flüchtlinge zur Verfügung stehen soll, oder das ehemalige Gebäude Gaisbühel für Flüchtlinge zur Verfügung stehen soll? In den Personalräumlichkeiten Gaisbühel sind schon jetzt Flüchtlinge untergebracht, aber nicht im ehemaligen Krankenhaustrakt. Der ist derzeit vermietet an die Vorarlberger Kulturhäuser-Betriebsgesellschaft zur Lagerung von Gegenständen. – Das ist legitim. Aber ich denke, und das geht aus der Anfragebeantwortung nicht richtig oder nicht klar hervor, dass das wirklich noch einmal zu prüfen ist. Am Schluss steht so geschrieben: Zwischendurch steht aber, „es ist nicht wirtschaftlich, es sind hohe Aufwendungen“. Aber ich glaube – und das ist auch meine Bitte an Sie, Herr Landesrat Schwärzler -, dass Sie wirklich noch einmal prüfen, ob es dort nicht die Möglichkeiten gibt, viele Menschen aufzunehmen? (Zwischenruf LR Ing.

Schwärzler: Gerne!) Ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier nicht auf Zeit spielen, sondern möglichst schnell Lösungen finden. Dankeschön!

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Scheffknecht. Am Wort ist der Abgeordnete Waibel.

**Waibel:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Bevor ich, und das will ich jetzt zu diesem Zeitpunkt dann auch und bei diesem Thema, emotional werde, ein paar grundsätzliche Dinge. Kollege Kucera hat es bereits festgestellt, wir haben gestern über Zahlen gesprochen zum Thema Flüchtlingshilfe, Asyl usw. Es herrscht grundsätzlich Einigkeit - und das ist gut so -, dass wir Mittel verwenden und diese Mittel auch aufstocken werden müssen, wenn es denn so weit kommt – und das ist zu befürchten -, dass wir diese zusätzlichen Mittel brauchen.

Kollegin Pointner hat angesprochen, dass; oder Entschuldigung, Kollegin Scheffknecht hat angesprochen, dass versucht werden soll, mehr Gebäude, mehr Platz, mehr Häuser zu finden. Ich würde es jetzt nicht nur auf ein Gebäude beziehen. Ich glaube, der Landesrat Schwärzler wird da auch die eine oder andere Idee noch zusätzlich haben - und das ist auch gut so.

Dass Vorarlberg zum Thema Flüchtlingshilfe/Asyl eine Tradition einnimmt, die dieses Land und dieser Landtag auch vertritt, ist absolut ohne jeden Kommentar zu befürworten, das ist gut so und wird weitergeführt. Aber, es ist das Stichwort EU gefallen und Sie haben das Wort „ersaufen“ verwendet, deswegen möchte ich das noch einmal machen. Es geht nicht nur darum – und diese Bilder sind schlimm, wenn wir uns ansehen müssen via Fernsehen, dass im Mittelmeer die Leute, die dort flüchten, aus einem guten Grund (die machen das nicht per Spaß, dass sie mit dem Boot flüchten), dort unten „ersaufen“ -, dass Kinder umgebracht werden, dass Frauen vergewaltigt werden usw. Und natürlich, auch ein Land wie Vorarlberg, ein Land wie Österreich seine Verpflichtung dort tragen muss und dem auch nachkommt, so gut es eben geht. Vielleicht darf es ein bisschen mehr sein - das kann man schon diskutieren. Ich möchte aber Ihr Augenmerk auf die EU lenken. Wir haben diesen europäischen Gedanken – Sie haben ihn angesprochen. Ich bin ein Befürworter der EU. Aber dieses Thema Asyl und Flüchtlinge zeigt auf, wie dieser „träge Haufen“ –und jetzt werde ich emotional – in Brüssel gerade mit so einem Thema umgeht. Nicht nur, wie viele Tage und Wochen, sondern wie viele Monate, zum Teil Jahre, es dauert, bis dort irgendetwas in Bewegung kommt, eine gesamteuropäische Lösung auch in Bewegung kommt. Dass Länder wie Deutschland oder Österreich, die diese Verantwortung tragen wollen, natürlich zum Handkuss kommen, das soll so sein. Aber wenn ich mir anschau, wie lange das braucht, bis in Brüssel irgendeine Entscheidung, auch eine gesamteuropäische, auch ein Schlüssel, wie man das aufteilen kann oder aufteilen soll, Soforthilfe, wie Italien im Stich gelassen wird usw., dann steigt mir wirklich der Zorn auf. Und wenn Brüssel eine Idee, eine Grundidee verkörpern soll und haben soll, dann ist das gerade die Verpflichtung, die wir haben als Friedensraum Europa, dieses Problem Asyl und Flüchtlinge, so gut es nur irgend geht zu lösen, und zwar auf europäischer Ebene auch zu lösen. Das beginnt bei Aufwändungen von finanziellen Mitteln; das beginnt aber auch bei Punkten, wenn ein Land, das in der Europäischen Union Mitglied ist, wie Italien, einfach mit dem nicht mehr klarkommt, dann muss man dort sofort, rasch und von Brüssel aus reagieren. Und diese Hilfe, die fehlt mir an allen Ecken und Enden. Und mich ärgert es jedes Mal, wenn ich dann irgendwelche salbungsvollen Reden aus Brüssel

höre und mir denke, jetzt passiert halt wieder nichts, und zwar schnell. Weil beim Thema Flüchtlinge und Asyl ist dort vor allem die Hilfe richtig, wenn sie schnell passiert. Ich will das jetzt gar nicht herunterbrechen und dramatisieren im Sinn von, jeder Tag, an dem dort nicht geholfen wird oder eine Lösung in Brüssel gefunden wird, sterben Menschen - so dramatisch ist es nämlich. Und in diesem Sinne kann ich nur alle auffordern, auch speziell dann, wenn Sie bessere Kontakte haben – vielleicht ist das bei Regierungsparteien einfacher möglich als bei Oppositionsparteien -, auch einmal nach Brüssel hinauf zu funken, dass die Herrschaften da oben endlich einmal ihren Hintern in Bewegung setzen sollen und (Zwischenrufe - ..Staats..., Finanzfragen, Regierung.. – KO Mag. Frühstück) – Na, na! Ich rede einfach darauf, ich rede auch darauf hinaus, dass Hilfe schneller passieren kann, wenn sie in Brüssel schneller koordiniert wird. Und ich glaube, Herr Kollege (Zwischenrufe - ..die europäischen..!), noch einmal, noch einmal: wir sind jetzt in Vorarlberg und diskutieren über unsere Probleme in Vorarlberg und brechen die jetzt hoch auf Brüssel. Und dann wollen Sie mir nicht erklären, Herr Rauch, dass das oben schneller passiert und koordiniert passiert? (Zwischenrufe - Dr. Sprickler-Falschlunger: Redest mit den eigenen auch? – Mag. Kucera. Ja, ja, rede einmal...! – LR Rauch: Schau Dir die Allianzen...!) – Moment, Moment, Herrschaften! Wir haben – Moment Herrschaften! -, wir haben ja gestern begonnen, uns einmal darauf zu einigen, und eigentlich auch im Landtag davor, dass wir einmal versuchen in Vorarlberg unsere Hausaufgaben zu machen – das machen wir so gut wie es eben geht. (Zwischenruf Dr. Sprickler-Falschlunger) Und wenn dann einer hier steht, Frau Kollegin Sprickler-Falschlunger, der sich dafür einsetzt – und das wird man ja auch, nachdem ich es in der Öffentlichkeit jetzt hier sage, wird man das ja auch vielleicht woanders hören -, dass in Brüssel zu wenig passiert, dann nehmen Sie das einfach so zur Kenntnis? Ich weiß, jetzt bin ich der komische Blaue, der ganz komische Dinge sagt. (Zwischenruf Dr. Sprickler-Falschlunger) Es ist halt eben meine Meinung. Und deswegen vertrete ich sie hier und deswegen bitte ich, dass man das Augenmerk auch darauf lenkt, das dort oben mehr passieren kann. Vielleicht, wenn Sie einmal die Parteifärbungen weglassen, vielleicht gelingt es Ihnen dann auch, zu glauben, dass einer hier das jetzt einmal anspricht und auch tut. Besten Dank!

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Abgeordneter Waibel. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pointner.

**Mag. Pointner:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte einen ganz anderen, einen persönlichen Zugang zum Thema Flüchtlinge wählen und mich dem Appell vom Kollegen Kucera an die Gemeinden anschließen, hier möglichst ein offenes Herz zu haben. Ich möchte von einer Flüchtlingsfamilie sprechen, die ich aufgrund der Nachbarschaftshilfe persönlich inzwischen sehr gut kenne, weil ich engen Kontakt habe, und sie mich über die Nachbarschaftshilfe – übrigens, eine sehr gute Sache – zuhause unterstützen. Diese Flüchtlingsfamilie ist seit knapp zwei Jahren im Land und bemüht sich sehr, hier Fuß zu fassen. Innerhalb von eineinhalb Jahren haben sie annähernd perfekt Deutsch gelernt. Die Kinder gehen hier in den Kindergarten; die Frau hilft im Altersheim und singt im Kirchenchor. Sie haben beide einen akademischen Grad, der inzwischen – sehr erfreulich – anerkannt wurde hier im Land. Und beide könnten morgen anfangen zu arbeiten, wirklich zu arbeiten und ihr Geld selbst verdienen, aber leider dürfen sie das nicht. Ich weiß, das ist nicht unbedingt Landeskompetenz, aber auch hier wäre Handlungsbedarf gegeben, dass solche Menschen schneller auf eigenen Füßen stehen können und nicht auf Sozialleistungen oder die Hilfe sozialer Einrichtungen angewiesen sind. Denn sie möchten arbeiten und sie würden gerne ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Darum noch einmal den Appell an die

Gemeinden, weil wir sehen es bei uns in Schwarzach: Dieses Haus, das voller Flüchtlinge ist, ist kein Störfaktor im Dorf; im Gegenteil, es ist gut integriert, es gibt keinerlei Probleme, die Menschen sind freundlich und, ich muss sagen, wir freuen uns, dass sie da sind.

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Pointner. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Ritsch, bitte.

**KO Ritsch:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Also ich versuche es eher kurz zu machen, weil mich interessieren eigentlich die Aussagen des Herrn Landesrates Schwärzler, was die aktuellen Zahlen anbelangt. Weil ich weiß, dass er in den letzten drei Tagen ganz intensiv am Telefon gesessen ist und die Bürgermeister aufgefordert hat, in ihren Gemeinden etwas zu tun. (Zwischenruf KO Mag. Frühstück: 36..!) Dafür bin ich auch den Grünen recht dankbar, dass Sie das heute zur „Aktuellen Stunde“ machen. Weil offensichtlich braucht es immer irgendeinen Anlass, offensichtlich braucht es diese „Aktuelle Stunde“, dass die Landesregierung dann auch tätig wird.

Traurig ist es nämlich (Zwischenrufe) – ja, jetzt weiß ich schon, dass Sie schon wieder von hinten dreinplaudern -, traurig ist es, dass wir in einem Land sind, in einem der reichsten Länder der Welt und wir darüber diskutieren müssen, ob wir eine Quote erfüllen. Es gibt nämlich Bundesländer, die erfüllen die Quote ohne Diskussion, die erfüllen die Quote übermäßig. Und wir leisten uns den Luxus, dass es eine „Aktuelle Stunde“ braucht, damit wir vielleicht irgendwann einmal die Quote erfüllen. Wir haben 96 Vorarlberger Gemeinden, 88 dieser Bürgermeister sind VPLer. Und ich sage Ihnen eines, Herr Landesrat, jetzt weiß ich vom Bürgermeister Linhart, dass Sie ganz intensiv in den letzten Tagen versucht haben, dass in der Landeshauptstadt zusätzliche Plätze für Asylwerber geschaffen werden. Aber ich halte es für untragbar, dass es nicht möglich ist in einem Land wie Vorarlberg, dass man die 96 Bürgermeister anruft und sagt: „Jeder von Euch hat gefälligst eine Wohnung in seiner Gemeinde zu besorgen.“ Und wenn es nur eine Wohnung ist! Und die soll von mir aus die Gemeinde anmieten, damit die Vermieter dann auch die Sicherheit haben, dass die Wohnung wieder ordentlich zurückgegeben wird und man nicht die ganze Verantwortung auf die Caritas abschiebt. Das wär ein Leichtes! Und es gibt ein paar Bürgermeister auch in Ihren Reihen, die wahrscheinlich, wenn sie aufgefordert werden, das auch tun. Also ich traue es dem Bürgermeister Gantner zu, dass wenn man ihm sagt; „Du, besorge in Dalaas eine Wohnung für eine Familie“, dann wird er das tun – wahrscheinlich hat er es schon. (Zwischenruf KO Mag. Frühstück: So ist es!) Aber vielleicht, wenn man noch einmal fragt, dann wird er vielleicht eine zweite Wohnung besorgen. Also man kann sich nicht immer darauf verlassen, dass die Caritas da irgendwas macht, da hat die Politik eine Verantwortung. Und die Politik muss Vorbild sein in dieser Frage. Und dass wir nur 80 Prozent der Quote erfüllen ist wirklich ein Armutszeugnis. Vielleicht sind es jetzt bis heute mehr, weil Sie die Zeit genützt haben bis zur „Aktuellen Stunde“, dass Sie sagen können, „wir haben jetzt neue Plätze“ – das werden Sie nachher eh machen. Aber es gibt wahrscheinlich in Gaisbühel die Möglichkeit, etwas zu tun. Obwohl in der Anfragebeantwortung steht, dass baulich das fast schwierig ist oder so, und gleichzeitig lese ich in den „Vorarlberger Nachrichten“, dass man in Dornbirn eine Container-Landschaft aufstellen will für Asylwerber. Ja, also ich kann mir vorstellen, dass es in Gaisbühel wahrscheinlich netter ist wie in irgendeinem Container. Es gibt wahrscheinlich noch andere Immobilien, die dem Land gehören, wo man durchaus – durchaus -, mit relativ bescheidenen Mitteln, bessere Möglichkeiten schaffen kann, wie sie die Asylwerber in ihrer Heimat vorgefunden haben. Es

ist ja nicht so, dass diese Gebäude bei uns in so einem baulichen Zustand sind, dass man dort nicht leben kann.

Und, wie gesagt, bevor wir dann zur zweiten Runde kommen nur ein paar Sätze Richtung FPÖ: Also, Herr Abgeordneter Waibel, ich mein', FPÖ und Asyl, ich mein', da habe ich sowieso ein Problem. Weil, Ihr Abgeordneter; Sie müssen nur googeln: „Vilimsky und Asyl“. Weil Sie jetzt so; na, Sie haben auf die EU geklopft, oder? Ich mein', Ihr EU-Abgeordneter Vilimsky, wenn Sie Vilimsky und EU googeln, dann kommt als Erstes, die erste Top-Meldung: „Christen und Nicht-Dschihadisten aus Syrien sollen Asyl bekommen.“ – Das ist Ihre Politik! Der bezeichnet Asylwerber, die nicht Christen sind, sondern Muslime, als Dschihadisten. So viel zum Thema Glaubwürdigkeit FPÖ und Asyl. (Beifall!) Weil es gibt nur einen EU-Abgeordneten, den Sie anrufen können, der in der EU etwas tun soll, das ist der Vilimsky. Aber der bezeichnet die Asylwerber als Dschihadisten. Also, hören Sie auf, auf die EU; EU und FPÖ ist ja genau dasselbe Problem. Also Asyl/FPÖ ist schwierig; EU/FPÖ ist schwierig. Also das ist einfach jetzt, Richtung EU zu blasen. Machen wir die Hausaufgaben im Land, das ist viel gescheiter. Wir haben eine Quote zu erfüllen, die gilt es zu erfüllen. Die Verantwortung haben wir hier im Vorarlberger Landtag. Und irgendwelche Schein-Diskussionen Richtung EU oder andere Länder, die kann ich schon nicht mehr hören. Jetzt geht es darum, vor Weihnachten diese Plätze zur Verfügung zu stellen. Und das ist die Hauptaufgabe der Landesregierung. Und jetzt bin ich gespannt auf die Ausführungen des Herrn Landesrat Schwärzler, der hoffentlich noch vor dem 24. die Hundert-Prozent-Quote erfüllt. Danke!

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnet Zadra.

**MMag. Zadra:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Wir haben jetzt schon gehört, welche Breite in diesem Thema steckt und wie komplex die ganze Materie ist. Ich möchte nur noch einige Worte zum Thema EU verlieren. Auf der europäischen Ebene ist es so, dass das die Nationalstaaten bestimmen. Unsere nationalen Oberhäupter, unsere nationalen Minister haben hier die Möglichkeit, etwas zu verändern. Wir müssen auch die Rolle, die Österreich in der Vergangenheit eingenommen hat, kurz beleuchten: Die Rolle Österreichs war hier sehr, sehr abwehrend. Also die Dublin II und Dublin III-Übereinkommen wurden immer verteidigt. Ich sehe, Frau Ministerin Mikl-Leitner und auch Sie, Herr Klubobmann, haben hier einen Schwenk gemacht. Sie sagen jetzt: Wir brauchen eine gerechte europäische Quote. Ich finde das einen guten Schwenk, ich finde das richtig und unterstützenswert. Unsere Unterstützung haben Sie. Die grünen Fraktionen auf europäischer Ebene, auf österreichischer und auch auf Landesebene sind hier geschlossen und wir unterstützen Sie in diesem Vorgehen.

Ich möchte aber auch etwas Positives noch erwähnen. Und das Positive, das sehe ich schon in diesem Zusammenhang, dass Landeshauptmann Wallner – er ist heute noch nicht hier – sich persönlich dieses Themas annimmt. Er persönlich hat sich erklärt, er hat das mit seiner Person verbunden, auch die Erfüllung der Quote, und gemeinsam mit dem Ressortzuständigen, Landesrat Schwärzler, sehe ich hier, vor allem in den letzten Wochen und Monaten, besondere Anstrengungen, dass wir diese gesellschaftliche Verpflichtung, die wir tragen, auch erfüllen. Das zeigt sich auch an dem Aspekt, dass es einen kleinen Asyl-Gipfel gab. Dort wurden die Vertreterinnen und Vertreter der Hilfsorganisationen auch

eingeladen und es wurde eine Stabsstelle eingerichtet hier im Land. Diese Stabsstelle wird auch über die Weihnachtsfeiertage besetzt sein. Und ich kann mich dem Aufruf des Herrn Abgeordneten Kucera anschließen: Sie können sich dort auch während der Weihnachtsfeiertage melden. Sollten Sie also zuhause, im Freundes-, im Verwandtenkreis darüber sprechen, über dieses wichtige Thema, es wird Ihnen geholfen, es gibt jemanden, der Ansprechpartner ist.

Dennoch zeigt sich, dass das alles allein noch nicht genügt. Es genügen nicht die großen Worte, es genügen auch nicht die Gesten. Es müssen jetzt konkrete Taten folgen. Wir haben daher ganz bewusst auch dieses Thema heute zur „Aktuellen Stunde“ gemacht, damit wir endlich sehen, dass wir hier weiterkommen bei der Erfüllung der Quote. In der Vergangenheit - muss man auch sagen -, es wurde einige Zeit vergeudet, verschwendet. Es wurde ein Hin- und Herspiel, ein unwürdiges Hin- und Herspiel gespielt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir haben nun eine klare Vorgabe, dass es von Seiten der Länder eine Quote gibt, die es zu erfüllen gilt. Allerdings sehen wir auch in Vorarlberg eine besondere Schwierigkeit, weil der Mietmarkt kein einfacher in Vorarlberg ist. Das heißt, die Menschen, wenn sie einen Asylstatus bekommen – und das funktioniert jetzt bei Syrerinnen und Syrern relativ rasch, also binnen drei bis sechs Monaten haben sie einen positiven Asylbescheid -, dann lösen sie sich aber nicht in Luft auf, sondern dann geht es weiter. Dann müssen wir über Themen sprechen, wie – Kollegin Pointner hat es schon gesagt – Arbeitsmarktzugang - ein ganz wichtiges Thema -, eigene Wohnung, Selbständigkeit, alles das sind Themen, die uns in den nächsten Monaten und auch Jahren weiterhin begleiten werden.

Ich habe daher auch schon Landesrat Schwärzler vorgeschlagen, dass wir hier eine strategische Arbeitsgruppe einrichten, die sich diesem Thema langfristig annimmt, die auch eine mittel- und langfristige Strategie für eine gute Integrationspolitik aufsetzt, die auch dann Konventionsflüchtlinge mit umfasst. Wir brauchen jede Kraft, wir brauchen jede Unterstützung in diesem Bereich.

Ein kleines Beispiel noch, das ein Positivsignal ist: Die Gemeinde Raggal beispielsweise erfüllt ihre Quote, sie übererfüllen ihre Quote sogar. Bereits drei Prozent der Bevölkerung in Raggal sind AsylwerberInnen. Und sie haben derart gute; es gab zunächst Ressentiments – natürlich – im Tobelhaus. Jetzt haben sie derart gute Erfahrungen gemacht in der Gemeinde, dass sie weitere zwei Prozent der Gemeindebevölkerung zusätzlich aufnehmen möchten. Sie haben jetzt dann fünf Prozent und es funktioniert sehr gut. Das sind schöne Gesten, das sind schöne Zeichen. Wir brauchen ganz dringend mehr davon.

Wir in Vorarlberg haben eine gute Tradition, dass auch die Zivilbevölkerung in Krisensituationen zur Seite steht. Ich erinnere nur an den Ungarn-Aufstand 1956 oder auch die Balkankrise. Hier haben wir gezeigt, gemeinsam schaffen wir es und gemeinsam erfüllen wir auch diese Quote. Und ich bin davon überzeugt und ich werde weiterhin dafür arbeiten und, ich glaube, das wird uns dann gelingen. Herzlichen Dank!

**LTP Mag. Sonderegger:** Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Zadra. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Frühstück.

**KO Mag. Frühstück:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Ritsch, ich werde, nur weil die ORF-Kameras jetzt mitlaufen, in dieser Stunde und zu diesem Thema keine Parteipolitik machen, das verspreche ich – das ist mir viel zu ernst. Ich danke den Grünen für das Thema. Ich danke auch allen Parteien für die parteiübergreifende Betroffenheit und die Solidarität in diesem Thema. Ich glaube, wir wollen alle unsere humanitäre Pflicht und unsere Aufgabe und die Verantwortung wahrnehmen, Kriegsflüchtlingen zu helfen. Wir sehen es auch im Budget, da haben wir 4,5 Millionen Euro aufgestockt. Und ich glaube auch, dass wir alle wissen, wenn es notwendig sein sollte, dass wir noch etwas dazugeben. Es ist aber auch so – und das muss man auch verstehen -, dass diese Menschen, die alle Hilfe brauchen, einer Situation ausgesetzt sind, dass sie in Länder kommen jetzt, wo durch die zum Teil extremistischen Veränderungen von Gruppen, wie dem IS, auch gewisse Ängste da sind und ein gewisser Vorbehalt da ist. Und da ist es unsere Aufgabe, in der Kommunikation – wir haben das auch gestern schon angesprochen -, der Kollege Klubobmann der Grünen hat das gesagt: Wir müssen da mit den Menschen reden und Ängste abbauen und offen sein.

Wir können auch – und das möchte ich zur Quote sagen – nicht sagen, wir wollen hundert Prozent erfüllen. Sie wissen alle, jeden Tag verändert sich diese Quote und jeden Tag haben wir neue Herausforderungen. Und das ist nicht eine Arbeit, die ein Landesrat und ein Landeshauptmann – dem will ich jetzt hier persönlich gratulieren, dass Sie sich dieses Themas so annehmen – in drei Tagen machen, Herr Kollege Ritsch, das ist tägliches Brot und tägliche Aufgabe und das ist Überzeugungsarbeit. Und wir bekommen hier auch etwas weiter.

Ich möchte auch einen Appell noch einmal anbringen, ich glaube, es geht uns alle an: Organisationen und Privatpersonen. Ich danke auch allen, die sich einsetzen. Wir haben sehr, sehr viele Kontakte. Alle von Ihnen sind jeden Tag – und man hört das an den Geschichten, die wir hier mitbekommen – mit dem Thema in Kontakt. Und ich glaube auch, dass alle Vorschläge, die man machen kann, aufgenommen werden – da gibt es bei uns im Haus Stellen, die sich dann darum kümmern.

Meine Damen und Herren! Ob es mobile Wohneinheiten sind, die – und ich habe mir die angeschaut – absolut okay sind, ob das Wohnheime oder Pfarrhöfe sind, ob das Privatunterkünfte sind, ob das das Schulbrüderheim oder am Ende der Gaisbühel ist, das ist mir egal. Wir müssen nur dazuschauen, dass wir hier etwas weiterbekommen – das ist, glaube ich, das Wichtige. Und wenn man die Bürgermeister hier anspricht. Ich habe in den letzten Wochen viele Bürgermeister kennen – nicht kennen, kennen tu ich sie schon, aber -, getroffen, die ihre Aufgabe mehr als ernst nehmen. Und es ist auch an der Caritas, die hat riesige Herausforderungen mit diesen Meldungen, um zu prüfen und anzuschauen, dass sie dann diese Unterkünfte, die zur Verfügung gestellt werden, auch entsprechend adaptieren und betreuen können. Das sind große Aufgaben, die gestellt werden.

Jetzt muss ich mich noch schnell – jetzt bin ich ein bisschen zu langsam gewesen – mit Europa befassen: Meine Damen und Herren, es ist eine Sache: Wir haben keine europäischen Steuern und wir haben kein europäisches Asylrecht. Deswegen kann man auf diesem Weg nichts machen. Da muss man dazuschauen, dass nicht zehn europäische Länder 90 Prozent der Asylanten aufnehmen. Das kann man aber im Vereinbarungswege einfordern und das sollten wir tun. Und unsere Ministerin hat das zugesagt, dass sie sich hier einsetzt. Und ich glaube, da müssen wir weiterkommen, genau so.

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Klubobmann. Wer meldet sich als Nächster zu Wort? – Herr Landesrat, bitte sehr.

**LR Ing. Schwärzler:** Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Abgeordneten, Zuschauer! Ich beginne bei Ihnen, Herr Abgeordneter Ritsch, der Klubobmann Ritsch. An und für sich finde ich es ein Armutszeugnis – ich bedanke mich aber bei allen übrigen Abgeordneten -, dass man Parteipolitik macht. Es geht um Menschen, es geht um Hilfe, es geht um Unterstützung. Sie sagen, die Regierung ist hauptsächlich gefordert. Ich sage klar dazu, jeder kann einen Beitrag leisten. Ich nenne jetzt den Daniel, da weiß ich, wie viele er angerufen hat. Ich weiß das von vielen anderen Abgeordneten auch, die versucht haben, Hilfe zu geben und Unterstützung: Wo gibt es Quartiere, wo kann man Hilfe den Menschen geben? Wie können wir diese Quote auch tatsächlich erfüllen?

Und Herr Abgeordneter Ritsch, wir haben im November, Anfang November auf Bundesebene gemeinsam vereinbart, dass wir bis Ende Jänner diese Hundert-Prozent-Quote auch erfüllen. Da gibt es eine klare Zusage vom Land. Und ich bin zutiefst davon überzeugt, mit einer gemeinsamen Anstrengung werden wir diese hundert Prozent auch erfüllen können. Das braucht eine enge kooperative Zusammenarbeit. Es geht ja nicht nur darum, dass man sagt, man hat irgendwo die Quartiere, sondern es geht um den Tag danach, es geht um die Betreuung, es geht um die Integration – das wurde bereits angesprochen.

Das Dritte: Wir erleben an und für sich derzeit schon diese Bilder, die zum Nachdenken anregen, diese Bilder der Unmenschlichkeit. Die Bilder, wo Menschen auf der Flucht sind, wo Kinder, wo Frauen auf der Flucht sind, wo sie das Allernotwendigste, das sie zum Leben brauchen, nicht mehr haben. Und da geht es mir schon darum, dass man diese Menschen sieht und überlegt, wie können wir gemeinsam in unserem Land Vorarlberg unserer Verpflichtung nachkommen. Und jetzt sage ich noch einmal dazu: Ich danke jedem einzelnen Abgeordneten, Herr Klubobmann Ritsch, jedem Abgeordneten, der entweder bei der Caritas oder im Land anruft und sagt: „Ich glaub‘, da gibt’s eine Möglichkeit.“ Es gibt auch viele Bürgermeister, die angerufen haben und gesagt haben: „Da finden wir eine Möglichkeit.“ Es braucht selbstverständlich viele Wohnungen. Bei vielen Wohnungen sind Umbaumaßnahmen notwendig. Und deshalb, glaube ich, ist es auch wichtig, dass dort die Sicherheitsstandards (Feuerpolizei- und Sicherheitsstandards) auch erfüllt werden. Diese Dinge müssen alle organisiert werden.

Das Nächste: Ich glaube auch, dass es – das wurde bereits angesprochen - selbstverständlich die Aufgabe der Republik Österreich ist, aber auch der anderen europäischen Staaten. Wenn derzeit zehn europäische Staaten 90 Prozent der Flüchtlinge übernehmen, dann ist das schon richtig, dass man das angesprochen hat. Hier gibt es auch diese Verantwortung der europäischen Länder. Da würde es auch die Möglichkeit geben der EU, dass sie versucht, das zu koordinieren zwischen den Ländern, dass man da eine Möglichkeit hat, dass alle Länder dieser Aufgabe, dieser Verpflichtung nachkommen. Die regeln ganz andere Dinge derzeit. Und das ist, glaube ich, eine der größten Aufgaben, oder, dass man da einen Weg findet, dass alle Länder diese Verpflichtung auch tatsächlich wahrnehmen.

Tatsächliche Zahlen: Wir haben derzeit im Land 1.129 Menschen untergebracht. Nach dem derzeitigen Stand müssten wir bis Ende Jänner zusätzliche 228 Menschen unterbringen bzw.

für diese eine Unterkunft haben. Es wurden einige Gebäude angesprochen. Es gab auch eine Anfrage, wurde auch geprüft. Es gibt auch derzeit schon bereits Umbaumaßnahmen, dass man auch in diesen Landesgebäuden Flüchtlinge unterbringt. Also das ist soweit geprüft und wird auch umgesetzt. Derzeitiger Stand ist, dass wir ungefähr 100 Personen in Privatquartieren unterbringen. Das Zweite ist, dass wir ungefähr 120 Personen in größeren Quartieren unterbringen. Und das Dritte ist, dass wir zirka 100 Personen in Quartieren unterbringen, wo bisher schon Asylwerber untergebracht wurden, jetzt Asyl bekommen haben und jetzt wieder neue Wohnungen brauchen, damit man in diesen Wohnungen wieder Flüchtlinge unterbringen kann. Auch hier gibt es eine Bewegung in den Gemeinden, dass man auch diese Menschen in diesen neuen Wohnungen unterbringen kann.

Ich möchte mich bedanken bei der Caritas, beim Martin Fellacher stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil es keine ganz leichte Aufgabe ist, diese Dinge auch umzusetzen, vor Ort, mit all den Wünschen, die vorhanden sind. Und das funktioniert sehr gut. Was aber wichtig ist, dass die Zusammenarbeit da ist und auch die Unterstützung. Und die versuchen wir auch gemeinsam mit dem Land Vorarlberg und mit den Gemeinden umzusetzen. Wir haben auf Landesebene eine Koordinationsstelle mit der Sonja Troger eingerichtet, wo wir versuchen, auch hier eine gute Zusammenarbeit zu haben, wenn es darum geht, welche Menschen kommen in unser Land von denen auf Bundesebene, damit man auch hier dann diese Umsetzung im Land auch tatsächlich machen kann.

Was, glaube ich, wichtig ist, dass wir versuchen, den Weg, den wir eingeschlagen haben, gemeinsam konsequent weiterzugehen, indem Wohnungen bereitgestellt werden, indem diese Menschen auch willkommen sind, indem diese Menschen auch betreut werden, indem vor allem aber auch diese Zusammenarbeit mit den Gemeinden, auch mit den Privatzimmervermietern fortgesetzt wird. Ich sage klar dazu, es gibt die Zusage des Landes, bis Ende Jänner diese 100 Prozent-Quote zu erfüllen. Und Herr Abgeordneter Ritsch, Weihnachten wäre dann, wenn wir an Weihnachten über 90 Prozent hätten. Danke!

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Landesrat Schwärzler. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger.

**Dr. Sprickler-Falschlunger:** Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Ich werde mich kurz fassen. Also was Sie hier machen, ist also so was nicht Faire. Sie zeichnen hier, gemeinsam mit den Grünen - denen nehme ich es ab; ich nehme es Euch auch persönlich ab – und bauen eine gebetsartige, fast heilige Atmosphäre auf und unterstellen uns - und damit auch mir -, dass wir hier Parteipolitik machen. Wir machen alle Parteipolitik hier. (Zwischenruf KO Mag. Frühstück) – Na Roland, lass' mich reden, ich habe nur drei Minuten! – Die Grünen, indem sie ein Thema wählen, weil Sie wahrscheinlich wissen, dass man die Quote bald erfüllt und es ihnen ein Herzensthema ist; die VP, die mit kann, weil endlich die Quote erfüllt wird. Und dann gehen Sie heraus und versuchen, jede Diskussion zu unterbinden, indem Sie das Thema als nicht politisiert betrachten. Sie sind alle nicht parteipolitisch und wir sind es. Und ich bin parteipolitisch! Man hat die Quote sehr lange nicht erfüllt – man hat sie lange nicht erfüllt. Man ist hier säumig. Man hätte die Bürgermeister mehr an die Kandare nehmen müssen. Jetzt sagen S', das ist parteipolitisch. Na, das ist nicht nur parteipolitisch, das hat dazu geführt, dass Menschen eben keinen Platz hier gefunden haben. Also ich lasse mich und wir lassen uns nicht in dieser Art und Weise mundtot machen.

Und jetzt sage ich Ihnen noch ein Zitat, wieso dann auf einmal alles so ins Rollen gekommen ist. Bürgermeister Häupl hat im November gesagt – das wissen Sie! -: „Wir sind nicht die Deppen der Nation“, weil Länder wie Vorarlberg keineswegs diese Quote erfüllt haben. Also ich bitte, ich bitte wirklich, das ist ein politisch völlig unfairer Stil, zu sagen: Wir, die Grünen und die Schwarzen, die sind jetzt auf Herbergsuche, weil jetzt vor Weihnachten, jetzt machen wir keine Parteipolitik. Das ist Parteipolitik; das ist Parteipolitik; das ist Parteipolitik; und das auch! Dankeschön!

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Abgeordneter Allgäuer.

**Allgäuer:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Asyl ist ein Thema, das betroffen macht – das ist unbestritten. Es sind die Bilder, die durch die Medien gehen, die auch mich persönlich betroffen machen und auch meine Familie – das sage ich klar. Und ich halte die Aussage auch vom Kollegen Waibel für richtig, auch Landesrat Schwärzler hat das angesprochen, dass auch die EU – und das muss man, darf man, soll man und kann man sagen -, die EU eine Verantwortung hat, vor allem in Bezug auf die Aufteilung. Die EU regelt in vielen Dingen alles bis ins kleinste Detail hinein, aber in dieser Frage ist die EU säumig. Ich denke hier, es gibt viele Verordnungen, Gesetze, die alles bis ins kleinste Detail regeln.

Und damit komme ich zur Verantwortung Österreichs. Selbstverständlich hat hier auch Österreich eine Verantwortung und selbstverständlich haben wir als Vorarlberger Landtag eine Verantwortung. Und es ist auch der Appell gegangen dahingehend, dass die Gemeinden, die Bürgermeister selbstverständlich auch ihre Verantwortung wahrnehmen müssen. Ich kenne die Zahlen aus Feldkirch: Feldkirch hat eine Größenordnung von 13 Prozent Asylbewerbern bei uns in den Gemarkungen. Und es ist auch hier auf eine Aufteilung zu achten. Aber ich meine auch – und das will ich auch ganz klar platzieren an dieser Stelle -, dass wir auch persönlich eine Verantwortung wahrzunehmen haben. Und ich sage das ohne jeden parteipolitischen Hintergrund oder jede parteipolitische Motivation: Jawohl, auch wir persönlich haben diese Verantwortung wahrzunehmen. Und Sie können mich beim Namen nennen und beim Wort nehmen, es ist auch der Herr Martin Fellacher hier an Ort und Stelle: Ja, ich werde mich einsetzen, dass auch bei mir persönlich oder bei meinem Bekannten- oder Verwandtenkreis eine Asylantenfamilie Zuflucht oder Unterschlupf findet, eine Wohnung bekommt und hier ordnungsgemäß und gut wohnen kann. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, das ist mir ein Anliegen.

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Abgeordneter Allgäuer. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte, Herr Abgeordneter Zadra.

**MMag. Zadra:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal die Gelegenheit nutzen, um auch auf die Kollegin Falschlunger, Sprickler-Falschlunger, Replik zu nehmen. Mein Zugang zu dem Thema ist ein ganz persönlicher. Ich habe, bevor ich Mitglied des Landtags wurde, in Armenien ein Projekt für 200 syrische Familien geleitet, habe dort 200 syrische Familien unterstützen dürfen, die auf der Flucht waren. Ich kenne diese Geschichten. Das ist mein persönlicher Zugang: Wir haben seit Beginn der Regierungsverhandlungen ganz stark auf dieses Thema gezeigt. Wir haben während des Verhandlungsprozesses ganz klar dort unsere Handschrift hingesetzt. Wir haben, seit wir mit in der Regierung sind, seit wir Verantwortung auch tragen, dieses Thema gespielt. Und wenn

das Parteipolitik ist, dann sage ich: ja, dann ist es unsere Parteipolitik und dann nützen wir diese Möglichkeit, über die Parteipolitik auch ein wichtiges und gutes Thema voranzutreiben. Und natürlich, jede Fraktion hat die Gelegenheit, dort mitzumachen - das ist ja ganz klar.

Und zu dem Thema, was Michael Ritsch gesagt hat. Klubobmann Ritsch hat gesagt, es soll doch jede Gemeinde – 96 Gemeinden – eine Wohnung zur Verfügung stellen. Das wäre ja ganz schön und gut in der Theorie. In der Praxis ist es aber so, dass es von der Betreuungsstruktur für die Caritas viel besser und einfacher ist, wenn es auch gewisse Ballungszentren gibt, dann können wir Dinge, wie Deutschkurse etc., richtig und gut anbieten. Wir müssen also nicht nur auf die Quantität der Unterkünfte blicken, sondern wir müssen ganz klar auch auf die Qualität der Unterkünfte blicken. Das ist ganz ein wichtiger Aspekt, den wir auch nicht aus den Augen verlieren dürfen. Denn es kann nicht sein, dass wir kriegstraumatisierte Menschen aufnehmen und ihnen dann ein Umfeld bieten, das sie erneut eventuell traumatisiert. Sie müssen sich vorstellen, die haben Verfolgung erlebt, die haben wirklich schlimme Situationen erlebt. Und dann muss auch das Umfeld passen, dass sie wieder in ein normales Leben finden. Das sind wir ihnen schuldig. Danke!

**LTP Mag. Sonderegger:** Danke, Herr Abgeordneter Zadra. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Bitte, Frau Landesrätin Wiesflecker.

**LR Wiesflecker:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Es ist gerade das Stichwort, „nicht nur auf Quantität zu schauen, sondern auch auf Qualität“ gefallen. Und in einem früheren Beitrag vom Landesrat Schwärzler auch das Thema „der Tag danach“. Also mir ist das gerade als Soziallandesrätin noch wichtig, schon die Schnittstelle zwischen Grundversorgung und Konventionsflüchtling anzusprechen. Also wir haben die Situation – und sie soll jetzt Priorität haben, diese Quartierssuche, das ist oberstes Ziel bis Ende Jänner -, aber es gibt eben „den Tag danach“ im Sinne der Betreuung, wie es schon Landesrat Schwärzler angesprochen hat, und es gibt auch „den Tag danach“, wenn Asylwerber und –werberinnen den Konventionsflüchtlingsstatus bekommen. Und das heißt einfach, der „normale“ – sozusagen – unter Anführungszeichen „Integrationsbedarf“ gegeben ist. Das heißt, Sprachkurse vor allem - zum Beispiel ein Thema, das mich sehr stark betrifft. Ich kann Ihnen an der Stelle erzählen, dass gerade bei einem wichtigen Projekt – das kostet € 50.000,-- -, dass der Bund und die EU aussteigen in der Finanzierung – das heißt, es fällt wieder auf uns zurück in der Landesfinanzierung aus dem Sozialfonds, wenn wir das weitermachen wollen. Ich werde das weitermachen. Aber es geht sozusagen jetzt in dieser Debatte vorrangig um die Quartierssuche - und das ist richtig und wichtig. Aber wir müssen auch im Auge behalten, dass es eben in einem zweiten Schritt um die Integration der Konventionsflüchtlinge geht. Und angesprochen ist zum Beispiel auch das Thema, dass 200 schon Konventionsflüchtlinge noch in Quartieren sind, die eigentlich für die Grundversorgung vorgesehen wären. Das heißt, wir müssen auch wirklich großes Bemühen in dem Bereich zeigen, dass die Konventionsflüchtlinge dann aus diesen Unterkünften herauskommen und zum Beispiel auch im gemeinnützigen Wohnungsbereich Unterkunft finden. Also in dem Bereich sind wir mindestens auch so gefordert wie jetzt in der ersten Quartierssuche. Und das heißt, Bürgermeister/Bürgermeisterinnen, auch natürlich Gemeindevertreter etc., sind gefordert, in den Zuweisungen der Wohnungen auch hier Hilfestellung zu bieten, dass man auch in der Dringlichkeit vielleicht darüber redet, inwieweit man nicht bei der Neuvergabe von gemeinnützigen Wohnungen auch Konventionsflüchtlinge besser berücksichtigt, einmal in

dieser Situation, damit wir wieder diese Quartiere für die Grundversorgung freibekommen.  
Danke!

**LTP Mag. Sonderegger:** Dankeschön, Frau Landesrätin. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit darf ich die „Aktuelle Stunde“ beenden.